

»Ein Knall, der überall vernehmbar ist«

Am 24. Juni sollen 162.000 Beschäftigte aus Krankenhäusern überall im Land gegen Personalmangel protestieren. Ein Gespräch mit Michael Quetting

Am 24. Juni um 13 Uhr sollen bundesweit 162.000 Beschäftigte mit Nummern vor die Krankenhäuser treten. Was soll diese von ver.di initiierte Aktion bringen?

Ver.di hat festgestellt: In den Krankenhäusern fehlen 162.000 Beschäftigte, allein 70.000 davon in der Pflege. Diesen eklatanten Personalmangel machen wir mit dieser historisch einmaligen Aktion sichtbar. Von Flensburg bis zum Bodensee – überall werden die Beschäftigten der Kliniken auf ihre fehlenden Kolleginnen und Kollegen hinweisen. Und zwar zeitgleich. Keine Latschdemo, aber dafür in den Betrieben und so viele Teilnehmer, wie noch nie.



Michael Quetting ist Gewerkschaftssekretär im ver.di-Fachbereich Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen im Bezirk Rheinland-Pfalz-Saarland

Wie will die Gewerkschaft das bewerkstelligen?

Ver.di ist die einzige Organisation, die so etwas auf die Beine stellen kann. Alle Krankenhäuser haben ihre Nummern bekommen. Sie müssen auf den Stationen und in den Abteilungen verteilt werden. Um eine solche Masse zu bewegen, müssen etwa eine Million Gespräche geführt werden. Damit tritt die Gewerkschaft mit den Belegschaften in einen Dialog, den es in dieser Intensität noch nicht gab. Die Wirkung ist also viel weitreichender, als der zehnmütige Protest. Es ist ein Weckruf, sich die Zustände nicht länger gefallen zu lassen. Es ist ein Signal zur Gegenwehr. Das kann einen Bewusstseinschub auslösen, der weit über die Krankenhäuser von Bedeutung sein könnte.

Wie reagieren die Beschäftigten auf den Appell?

Wo es probiert wird, ist die Resonanz enorm. Es werden Kolleginnen und Kollegen aktiv, die mit den Gewerkschaften bisher noch nie direkt in Berührung gekommen sind. Bei mir melden sich auch Pflegekräfte aus katholischen Einrichtungen, dass sie Nummern haben wollen. Bei uns haben sich 20 Krankenhäuser vernetzt und bereiten die Aktion gemeinsam vor. Wir schaffen es also, mit dieser Aktionsform Menschen zu bewegen. Und das ist entscheidend. Wenn sich etwas ändern soll, müssen die Betroffenen in Bewegung kommen. Nur so kann sich Erkenntnis entwickeln. Das gilt für die Krankenhäuser ebenso wie für das

gesamte Gesundheits- und Sozialwesen.

Zehn Minuten vor der Krankenhaustür zu stehen, ist noch nicht allzu viel Bewegung. Was soll das bewirken?

Die Kraft dieser Aktion liegt darin, dass sie überall und gleichzeitig stattfindet. Und 162.000 Menschen tun endlich etwas, werden selbst tätig. Das ist die Abkehr von der Stellvertreterpolitik. Das kann eine enorme Aufmerksamkeit in den Medien erregen und die Politiker zum Handeln zwingen. Es ist eine riesige Chance, die Beschäftigten kommen untereinander ins Gespräch, auch mit der Bevölkerung.

Kürzlich haben Beschäftigte der Berliner Charité zwei Tage lang die Arbeit niedergelegt. Sie fordern einen Tarifvertrag für mehr Personal. Ist das nicht eher der Weg, Verbesserungen durchzusetzen?

Absolut. Das war der erste Streik für mehr Personal im Krankenhaus – allein das ist schon ein grandioser Erfolg, der uns alle ermutigt. Wir haben hier vor Ort Solidarität organisiert. Auch die Ultimaten – bei denen Beschäftigte mit der Verweigerung freiwilliger Leistungen drohen, falls bis zu einem festgesetzten Datum keine konkreten Verbesserungen umgesetzt werden – sind mittlerweile in ganz Deutschland eine Erfolgsgeschichte. So muss es weitergehen. Wir brauchen viele weitere Belegschaften, die diesen Kampf aufnehmen. Die Aktion »162.000 für 162.000 – mehr von uns ist besser für alle« ist ein Schritt, die Bewegung der Berliner Kolleginnen und Kollegen auszuweiten. Mit ihr setzen wir bundesweit einen Höhepunkt, einen Knall der überall vernehmbar ist.

Die große Koalition hat eine Krankenhausreform angekündigt. Reicht Ihnen das nicht?

Ganz und gar nicht. Das angekündigte Pflegeförderprogramm wird den Kliniken durchschnittlich gerade mal eine zusätzliche Stelle bringen. Das ist unverschämt, lächerlich und eine Frechheit zugleich. Außerdem enthält das Gesetz eine Reihe von Regelungen, die den Vernichtungswettbewerb im Gesundheitswesen noch verstärken. Das zeigt: Wir müssen viel mehr Druck machen.

Interview: Herbert Wulff



Erinnerung an Bücherverbrennung. Hunderte Zuhörer lauschten am Sonntag nachmittag auf dem Berliner August-Bebel-Platz zwei Stunden lang dem »Leser gegen das Vergessen«. Die Bundestagsfraktion Die Linke erinnert traditionell am 10. Mai an die Bücherverbrennung 1933 auf diesem Platz. Die Linke-Abgeordnete Gesine Lötzsch begrüßte u.a. den Schauspieler Otto Mellies, die Journalistin Beate Klarsfeld, den Fraktionsvorsitzenden Gregor Gysi und die Poetry Slammerin Jessie James LaFleur (Foto), die mit ihrem Text »Die Revolution wird nicht im Fernsehen übertragen« viel Beifall erntete. (iW)

Angst vor Terror in Mazedonien

UÇK bekennt sich zu Angriffen in Kumanovo am Wochenende

Ein Strafgericht in Skopje hat gegen 30 Männer, die an den Gefechten am Wochenende in der Stadt Kumanovo beteiligt gewesen sein sollen, Untersuchungshaft verhängt. Ihnen werden laut einer Meldung der Nachrichtenagentur MIA am Montag »Terrorismus« sowie der Angriff auf die verfassungsmäßige Sicherheit und Ordnung Mazedoniens vorgeworfen. Unter den Festgenommenen sind unter anderem 18 Kosovoalbaner, neun mazedonische sowie ein albanischer Staatsbürger, der in Deutschland gemeldet ist. Unterdessen kehrten die evakuierten Bewohner in ihre Häuser zurück.

Am Samstag morgen griffen rund 50 schwerbewaffnete Männer eine Polizeistation in der 40 Kilometer nordöstlich von Skopje gelegenen Stadt an. Bei den mehr als 28 Stunden andauernden Gefechten starben acht Beamte

einer Spezialeinheit. 14 Aufständische wurden laut offiziellen Angaben »neutralisiert«. Die Hintergründe der Attacke blieben bislang unklar.

Ministerpräsident Nikola Gruevski erklärte am Sonntag, ohne nähere Angaben zu machen, bei den Angreifern habe es sich um Mitglieder der »gefährlichsten Terrorgruppe des Balkans« gehandelt. Laut *Gazeta Express* bekannte sich die sogenannte Kosovo-Befreiungsarmee UÇK zu der Attacke. 2001 hatten die Separatisten mit Anschlägen das Land destabilisiert. Auf westlichen Druck hin wurde eine Waffenstillstand geschlossen. Der politische Arm der UÇK ist mittlerweile Teil der Regierungskoalition.

Die mazedonische Polizei stellte am Sonntagabend zwei Videos ins Internet, in denen die Verhafteten präsentiert werden. Die Männer tragen Uniformen

mit den Symbolen der vom Westen 1999 im Krieg gegen Jugoslawien hofierten UÇK. Nun wächst die Angst vor neuen ethnischen Spannungen.

Die Angreifer sollen von fünf ehemaligen Mitgliedern der Untergrundarmee geführt worden sein – darunter Mirsad Ndrecaj, der als »Kommandeur NATO« bekannt ist. Ndrecaj diente laut regionalen Medien nach 1999 als Bodyguard für den ehemaligen kosovarischen Ministerpräsidenten Ramush Haradinaj. Auch die anderen Verdächtigen hätten enge Verbindungen zu hochrangigen Politikern der abtrünnigen serbischen Region.

Am Sonntagabend tagte in Skopje der nationale Sicherheitsrat. Anschließend forderte der mazedonische Präsident, Gjorge Ivanov, laut der Zeitung *Republika* mehr Unterstützung der NATO und der Europäischen Union für sein Land. **Roland Zschächner**

NACHRICHTEN

Saudischer König reist nicht in die USA

Washington. Saudi-Arabiens König Salman hat die Einladung von US-Präsident Barack Obama zu einem Gipfel am Donnerstag zur Sicherheitslage im Nahen Osten ausgeschlagen. Der saudische Außenminister Adel Al-Dschubair sagte am Sonntag, die Absage Salmans sei wegen der ab Dienstag geplanten Waffenruhe im Jemen nötig geworden. Die Delegation soll nun von Kronprinz Mohammed bin Najef angeführt werden. Es soll um das geplante Atomabkommen mit dem Iran und den Konflikt im Jemen gehen. (AFP/dpa/iW)

2.000 Flüchtlinge bei Indonesien gerettet

Langkawi. Vor den Küsten Malaysias und Indonesiens sind binnen zwei Tagen etwa 2.000 Bootsflüchtlinge aus Bangladesch und Myanmar gerettet worden. Wie die malaysische Polizei am Montag mitteilte, wurden mehr als tausend Menschen geborgen, die Schlepper vor

der Ferieninsel Langkawi in seichten Gewässern ausgesetzt hatten. Die Behörden rechneten mit weiteren Flüchtlingen. In Indonesien kümmerten sich Helfer um etwa tausend Personen. Die örtlichen Behörden versorgten am Montag rund 400 Menschen auf einem Boot, das vor der Provinz Aceh auf dem Meer trieb. Erst am Sonntag waren fast 600 Flüchtlinge vor Indonesien geborgen worden. (AFP/iW)

Chile: Neues Kabinett vorgestellt

Santiago de Chile. Präsidentin Michelle Bachelet hat am Montag ihr neues Kabinett präsentiert. Der Chef der Staatsbank, Rodrigo Valdes, wird demnach Chiles neuer Finanzminister. Der der Korruption verdächtige Innenminister Rodrigo Peñailillo musste gehen, insgesamt wurden sechs neue Kabinettsmitglieder ernannt. Bachelet hatte am vergangenen Mittwoch alle Minister zum Rücktritt aufgefordert und sich eine Frist von 72 Stunden für die Neubestellung gesetzt. (Reuters/iW)

Ab heute wieder Poststreiks möglich

Düsseldorf. Die Gewerkschaft ver.di will im Tarifkonflikt mit der Deutschen Post den Druck durch weitere Streiks erhöhen. Bereits ab dem heutigen Dienstag könne es zu befristeten Arbeitsniederlegungen kommen, kündigte die Gewerkschaft am Montag an. »Die Deutsche Post muss endlich ein verhandlungsfähiges Angebot vorlegen«, sagte ver.di-Verhandlungsleiterin Andrea Kocsis nach Beratungen der Tarifkommission. Ver.di fordert für die 140.000 Beschäftigten Lohnsteigerungen um 5,5 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Gewerkschaft verlangt außerdem die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 36 Stunden bei vollem Lohnausgleich. (Reuters/iW)

Hinweis

In der Annotation für das Mai-Heft des *Rotfuchs* in *jW* vom Montag, Seite 15, wurde eine falsche Telefonnummer angegeben. Die richtige lautet: 0 30/2 41 26 73. (iW)